

Janet Yellen avanciert zur mächtigsten Frau der Weltwirtschaft

Die Währungskriegerin

Am 14. November 1972 über-Aschritt der Dow Jones die 1.000er-Marke, die 10.000 knackte der Aktienindex der 30 größten US-Firmen am 29. März 1999. Am 24. November wurden die 30.000 über-schritten. Den Kursanstieg befeu-erten nicht nur die Aussichten auf den Corona-Impfstoff, sondern der Sprung fällt mit der Ankündigung Joe Bidens zusammen, Janet Yellen zur US-Finanzministerin zu machen. Die frühere Fed-Chefin ist erklärte Keyn-sianerin, so daß die finanzpolitischen Linien der nächsten vier Jahre klar sind.

Ihr 2018 ernannter Nachfolger Jerome Powell hat die Staatsfinanzierung durch die Zentralbank bereits salonfähig gemacht. Von den 27 Billionen Dollar US-Staatsschulden hält die Fed bereits 4,6 Bil-lionen. Bis Anfang dieses Jahres lag der Höchststand nie über 2,5 Billionen. Po-well hat auch klargestellt, daß die Zinsen niedrig bleiben werden, und daß die Geldentwertung auch über das Zwei-Prozent-In-flationsziel hinauschießen kann – zumindest „zeit-weise“. Was nicht näher definiert wird, aber in Finanzfragen meist „bis in die Ewigkeit“ bedeutet.

Yellen wird zudem Konjunkturpro-gramme auflegen. Nach der Corona-Krise bieten sich Infrastruktur oder Klima als Ausrede an. Als Berkeley-Professorin dürfte ihr auch das Erlas-sen von Studienkrediten am Herzen liegen. Die Staatsschuldenquote von 104 Prozent der Wirtschaftsleistung wird wohl noch weiter steigen. Die Fed wird weitere Staatsschulden

durch Anleihenkäufe monetisieren. Die Zinsen bleiben niedrig, irgend-wann steigt die Inflation, und das US-Schuldenproblem – noch stär-ker das der Bundesstaaten mit ihren Pensionsversprechungen – wird früher oder später durch Inflation „gelöst“.

Der Dollar ist von seinem Höchst-kurs im März von 1,07 zum Euro auf etwa 1,20 gefallen, was manche als Ergebnis von Donald Trumps Poli-tik sahen. Aber nach der Wahl fällt der Dollar weiter, während die Börse steigt. Unter Barack Obama fiel der Dollar 2009 sogar auf 1,51. Heute wie damals reflektiert der Wechselkurs die Weichwährungspolitik der US-Regierung. Derartige Trends dauern einige Jahre. Es wird also noch dauern, bis die Moneti-sierung der Euro-Schulden durch die EZB sich im Wechselkurs nieder-schlägt.

Mit Yellen und Powell sowie Christine Lagarde und Haruhiko Kuroda (Bank of Japan) stehen bewährte Praktiker von Anleihenkäufen an der fi-nanzpolitischen Spitze der drei großen Währungs-blöcke. Deshalb wird es keinen großen Währungscrash geben. Die Wäh-rungen werden mehr oder weniger gleichzeitig aufgeweicht und verlieren relativ zueinander gleichermaßen. Am wenigsten verlieren in einem solchen Währungskrieg die Besitzer von Real- und Produktivwerten. Deshalb steigt der Dow Jones, und der S&P-Index hat die 3.600 erreicht – sprich: Die 500 größten US-Unternehmen haben eine Marktkapitalisierung von über 32 Billionen Dollar.



VON
THOMAS
KIRCHNER

»Dollar, Euro und Yen werden weiterhin mehr oder weniger gleichzeitig aufgeweicht.«

Die unendliche Geschichte des Wirecard-Milliardenbetrugs

Verschwinden und Versagen

Von Martin Krüger

Die gute Nachricht: Das Kernge-schäft und die Wirecard-Bank übernimmt die spanische Banco San-tander samt vielen Mitarbeitern. Die schlechte Nachricht für Gläubiger und Dax-Aktionäre: Weitere 800 Millionen Euro Treuhandvermögen sind wohl „verschwunden“, meldete das Handelsblatt. Neben dem unter-getauchten Ex-Vorstand Jan Maršálek stehen nun offenbar 13 Personen und 24 Firmen aus seinem Umfeld im Zentrum des Betrugsnetzes. Sie sol-len rund 125 Millionen Euro Kredit von Wirecard bekommen haben. Der 40jährige Maršálek soll zudem welt-weit Bargeld gebunkert haben – das Gegenteil dessen, was man von ei-nem Zahlungsdienstleister erwartet.

Und die hochbezahlten Wirt-schaftsprüfer haben von all dem nichts mitbekommen? Man habe keine Anhaltspunkte für ein Fehl-verhalten erkennen können, sagt Ernst & Young. Der Untersuchungsausschuß des Bundestages und die Wirtschaftsprüferaufsicht Apas be-zweifeln das. Aber auch KPMG gerät

in ein schiefes Licht. Zwar hat der EY-Konkurrent den Wirecard-Betrug offengelegt, allerdings dabei nicht er-wähnt, wie stark man selbst engagiert war, als Wirecard den Emerging Mar-kets Investment Fund 1A (EMIF) in der Steueroase Mauritius startete.

Maršálek und andere Manager könnten mit Hilfe des Fonds einen dreistelligen Millionenbetrag abge-zweigt haben. Der dahinterstehende Deal mutet kurios an: 2015 wollte Wirecard auf den indischen Markt expandieren. Der Markteintritt er-folgte über 320 Millionen Euro für das Unternehmen Hermes I Tickets Pvt Ltd. Allerdings ging die Firma kurze Zeit davor für nur 35 Mil-lionen Euro über den Ladentisch. Käufer war der EMIF-Fonds. Fragen wirft weiter die Rolle der Bundesan-stalt für Finanzdienstleistungsauf-sicht (BaFin) auf. Die Bundesbank äußerte früh Bedenken gegen ihr Leerverkaufsverbot auf Wirecard-Aktien. Sie konnte sich damit aber bei der deutschen Finanzaufsicht nicht durchsetzen.

Gut gemeint, schlecht gemacht

Finanzpolitik: Schattenseiten der Mehrwertsteuersenkung / Alternative „Corona-Konsumgutschein“

DIRK MEYER

Eigentlich war es eine gute Idee: substantiell, pauschal, diskrimi-nierungsfrei, sofort wirksam und scheinbar einfach umzusetzen – die am 29. Juni von Bundestag und Bundesrat beschlossene Absenkung der Mehrwertsteuer (MwSt) von 19 auf 16 Prozent (Regelsatz) bzw. von sieben auf fünf Prozent (ermäßigter Satzung). Zur Wiederbelebung der Konjunktur nach dem Corona-Einbruch war der darben-den Wirtschaft jeder Euro recht.

Hinzu kommt die volkswirtschaftliche Weisheit, wenn der Staat einen Euro mehr ausgibt, kommt mehr als ein Euro dabei heraus. Denn dieser Euro dreht mehrere Runden. Bei einem Steuerver-zicht („Kosten“) von etwa 20 Milliarden Euro und einem Multiplikator ähnlich der sogenannten Abwrackprämie und dem Kinderbonus 2009 von 1,3 bis 1,5 dürfte der Effekt auf das Bruttoin-landsprodukt bei 26 bis 30 Milliarden Euro liegen. Mit dazu trägt auch die Mobilisierung von Ersparnis für grö-ßere Anschaffungen bei.

Ein Wermutstropfen ist das Abwarten bzw. des Vorholens des Konsums bei der auf ein halbes Jahr befristeten Vergünsti-gung. Die Autohäuser waren im Juni ge-nauso leer wie sie es zu Beginn des neuen Jahres sein werden. Da untere Einkom-men aufgrund ihrer hohen Konsumquo-te relativ besonders begünstigt werden, erscheint diese Maßnahme gegenüber einer vorgezogenen Soli-Abschaffung vielen als geeigneter. Allerdings wird bereits ein „Porsche-Effekt“ moniert, der die Vorteile größerer Anschaffungen vermöglicher Haushalte beschreibt.

Ein Wermutstropfen bleibt nach der Vergünstigung

Im Fokus steht jedoch der Preissen-kungseffekt. Bei einer vollständigen Durchleitung der Mehrwertsteuerab-senkung würden Lebensmittel um 1,9 Prozent, voll belastete Güter und Dienst-leistungen um 2,5 Prozent günstiger. Laut einer Bundesbank-Studie wäre dann die Inflationsrate in Deutschland für Juli bis Dezember jeweils um 1,8 Prozent gefallen. Tatsächlich sank die Inflationsrate im Juli nur um 0,8 und im Oktober um 0,9 Prozent.

Ein deutsches Bürokratiemonster

Bezugszeitpunkt für die Mehrwertsteuer ist die Ausführung einer Leistung, nicht die Auftragserteilung oder Bezah-lung. Ob Autokauf oder das neue Sofa: Entscheidend ist der Zeitpunkt der Lie-ferung. Bei Handwerkern oder Rechts-beratern sind Teilleistungen möglich, um die Steuervergünstigung bis zum 31. Dezember noch anzuwenden. Bei monatlichen Abos, Leasing, Stromab-rechnung oder Telefon ergeben sich Zusatzkosten bei der Erfassung und Rechnungsstellung. Bei Wartungsver-trägen, die jährlich im Voraus abge-rechnet werden, gibt es generell keine Korrekturen. Die Versicherungssteuer (2019: 14,1 Milliarden Euro) blieb bei



Abrechnung der Einnahmen im „Homeoffice“: Am 1. Juli verordnete die Umsetzungsrichtlinie 53 spezielle Auslegungsvorgaben, am 4. November gab es weitere 22 neue Anweisungen von den Finanzbehörden

Allerdings verzerren externe Ein-flüsse wie die seit Juni erst gestiegenen, dann gefallenen Preise für Heizöl diese Rechnung. Insofern wurde der Steuer-vorteil nur zur Hälfte weitergegeben. Eine Untersuchung des Münchner Ifo-Instituts auf der Basis von 60.000 Rewe-Artikeln ergab eine Preissenkung von zwei Prozent – verglichen mit der österreichischen Rewe-Tochter Billa im gleichen Zeitraum, bei der keine Um-satzsteuersenkung vorlag.

Hobby- und Freizeitartikel konnten die Preise hingegen eher halten. Restau-rants erhöhten teils sogar die Preise, um gestiegene Kosten oder Umsatzausfälle auszugleichen. Generell fiel bei Dienst-leistungen die Preissenkung geringer aus. Allerdings ist auch ein nicht weiterge-reicher Steuerbonus nützlich, denn er stärkt die Erträge und damit das Eigenkapital der Betriebe in schwierigen Zeiten. Zum Problem wird die zeitweise Steuer-senkung durch die Bürokratiekosten und Unsicherheiten, die sie bei den Firmen hervorruft. Die Kassensicherungsverord-

nung mit der Bon-Pflicht (JF 48/19) und zusätzlichen Maßnahmen gegen Steuer-betrug ist kaum bewältigt, da müssen die Preise der einzelnen Artikel am Regal oder auf Listen neu ausgewiesen wer-den – alternativ per Rechnungsrabatt an der Kasse, was jedoch als mangelnde Preistransparenz beim Kunden auf wenig Akzeptanz stößt.

Bürokratiekosten von 2,25 Milliarden Euro

In einem durchschnittlichen Supermarkt betrifft das rund 15.000, in größeren etwa 40.000 Preise. In jedem Fall ist die Software umzustellen. Ein Gutachten an der Universität Magde-burg im Auftrag der FDP auf der Basis von Experteninterviews und Angaben des Statistischen Bundesamtes schätzt die reinen Bürokratiekosten der Wirt-schaft auf rund 2,25 Milliarden Euro – also entsprechend 11,2 Prozent des Steuerausfalls von 20 Milliarden Euro.

Hinzu kommen Risiken nachträglicher Betriebsprüfungen der Steuerbe-hörden, die etwaige Verstöße gegen die umfangreichen Vorschriften aufdecken könnten. So umfaßt die erst einen Tag vor Inkrafttreten der Ermäßigung am 1. Juli erfolgte Umsetzungsrichtlinie 53 spezielle Auslegungsvorgaben, ergänzt um 22 Anweisungen vom 4. November. Diesen folgten Umsetzungsrichtlinien von Branchenvertretungen wie beispielsweise ein 23seitiges Merkblatt des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ).

Hohe Belastungen innerhalb der Finan-zverwaltung sowie etwaige Bürokratiekosten bei Kunden hinsichtlich Unklarheiten und Fehlern in Rechnungen sind zudem vorprogrammiert. Dagegen schätzt das Statistische Bundesamt den Erfüllungsaufwand auf lediglich 238,7 Millionen Euro, was etwa 1,2 Prozent des Fördervolumens entspricht. Die Diskrepanz resultiert vornehmlich aus

nach Angaben von Praktikern völlig unrealistischen Zeitanätzen.

Was wären wünschenswerte Korrek-turen der Regelungen? Da die Bürokratiekosten vornehmlich bei Umstellung und Rückstellung der Mehrwertsteuer-absenkung anfallen, wäre eine Verlän-gerung über den 31. Dezember hinaus denkbar – auch vor dem Hintergrund des derzeitigen Lockdowns und des damit verbundenen zeitlich begrenzten Konjunkturerinbruchs. Außerdem wür-de eine großzügige Übergangsregel den Vorholleffekt und einen damit verbun-denen Ausführungsdruck von Aufträgen mindern, beispielsweise des Handwerks.

So könnte für ein halbes Jahr des Übergangs das Datum der Auftragsertei-lung für den geminderten Steueransatz gelten. Zwar ist die Zeit für eine Alterna-tive passé. Aber mit dem gleichen Steuerausfall hätte man allen Bürgern einen „Corona-Konsumgutschein“ mit Ab-laufdatum 31. Dezember in Höhe von 250 Euro in die Hand geben können – direkt und völlig unbürokratisch. In Wien hat das geklappt: Im Juni erhielten alle dort gemeldeten 950.000 Haushalte einen Gutschein für die städtische Gas-tronomie per Post: 50 Euro für Familien bzw. 25 Euro für Einzelpersonen.

Der im Oktober von Gewerkschaf-tern vorgeschlagene „1.000-Euro-Öster-reich-Gutschein“ für Hotels, Restau-rants und den regionalen Handel fand hingegen bei der Bundesregierung aus ÖVP und Grünen keine Fürsprecher. Dabei sind in der Sommersaison die Übernachtungen ausländischer Gäste um 43,2 Prozent auf 31,6 Millionen zurückgegangen. Und die hatten 2019 noch insgesamt 20,7 Milliarden Euro nach Österreich gebracht.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Bundesbank-Monatsbericht 11/20: www.bundesbank.de/de/publikationen

Ihr persönlicher Ratgeber
Dr. Markus Elsässer
Investor und Besteller-Autor
Vertrauliche Kontaktaufnahme:
me@markuselsaesser.com

Real. 25 bis 40% p.a.
Prof.-Börsen-Coaching
www.FXAG.Pro

Bad Sachsa / Südharz
9 ETW, div. Standorte, Bj. 73-85, Wfl 464 qm
vermietet, tw. möbliert, Rendite ca. 6-7 %
Nettomiete ca. p. a. 29.000 EUR. Zvk. 410.000
Chiffre 2811/2020

Warum nicht mal werben für das Medium,
auf dem Sie diese Werbung lesen.
Wir sind dabei.
www.feuerzange-derfilm.de

PROBLEME WEGEN MINIRENDITEN ?
Routinierter Futurstrader mit unfehlbar
gewinnträchtigem Börsenhandelssystem
bietet Fonds + Vermögensverwaltungen
lukrative Kooperation auf Erfolgswahrscheinlichkeit.
Bewährt + Sicher • twindex@web.de

Das siebte Buch von
Wendelin Schlosser
„Die Deutschen unter dem
Damoklesschwert“
ist 2019 im „August von Goethe
Literaturverlag“ erschienen.
ISBN: 978-3-8372-2220-3,
314 Seiten, € 18,80.

Der Band spricht von der Vertreibung der Deut-schen, der Abschaffung Deutschlands, dem Selbsthass der Deutschen und der organisier-ten Kriminalität.
Die Verbrecher machen aus deutschen Opfern, die Arbeitslager, Bomben und Vertrei-bung überlebt haben, Täter. Diese geschunde-nen Deutschen werden auch noch obendrauf von Hasspredigern zum Selbsthass erzogen. Die vom Mainstream verschwiegene Wahrheit kommt in diesem Buch zum Erscheinen.

MAGENBITTERSPEZIALITÄT aus dem Vogtland

Original
Stöss
Bitter
Marke: ROSS am BACH

KENNERLERN-AKTION
8er Pack
GRATIS!

Code
ST8P10JF

Bei jeder Online Bestellung unter www.stoess-bitter.de
gibt es einen 8er Pack (je 100 ml) mit 8 kleinen STÖSS-Bittern (20 ml)
GRATIS! Gutscheincode im Bestellprozess unter „Anmer-kung zur Bestellung“ eingeben. Gültig bis 07.01.2021.

B M V
Berliner Medienvertrieb
Print und Online

KLEINE DINGE MIT
GROSSER WIRKUNG

Kleinanzeigen in der JF - Herr Beck
beck@berliner-medienvertrieb.de
Telefon 030 - 86 49 53 - 67

Lieferungen
an JF-Leser
- versandkostenfrei -

Bayerwald-Apotheke
Harald Schröter e.K.
Marktplatz 1 • 94051 Hauzenberg
Tel.: (085 86) 15 66 • Fax: (085 86) 63 66
Bestellungen per Fernsprecher
oder im Wernetz unter
www.Bayerwald-Apotheke.de
e-Post: Bayerwald-Apotheke@t-online.de

ERLEBEN SIE
DAS ABENTEUER
PATENSCHAFT

Schützen Sie bedrohte Arten wie
Orang-Utans, Luchse oder Tiger und
ihre Lebensräume.

Kostenlose Informationen: WWF Deutschland
T: 030.311.777-702 oder www.wwf.de/paten